BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
21. Wahlperiode

Beschlussprotokoll
29. Sitzung
11.11.2025
Nr. 21/279 S – 21/291 S

Nr. 21/279 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Sonntags an Bücher und Medien: Mit „Open Library“-Konzept Stadtbibliotheken für mehr Bildung und Kultur zugänglich machen

   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 25. März 2024
   (Drucksache 21/154 S)

2. Fachkräftemangel – Attraktivität des Erzieherberufs steigern!

   Antrag der Fraktion der FDP
   vom 18. Juli 2024
   (Drucksache 21/340 S)

Nr. 21/280 S

Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache
vom 10. November 2025

1. Stellungnahme des Senats zum 1. Tätigkeitsbericht der unabhängigen Beauftragten für die Feuerwehr Bremen (2022/2023)
   Mitteilung des Senats vom 30. September 2025
   (Drucksache 21/631 S)

   Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Inneres.

2. Eintritt in die Bürgerschaft
   Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft
   vom 10. Oktober 2025
   (Drucksache 21/648 S)

   Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

3. 16. Ortsgesetz zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet in Bremen Schwachhausen und Bürgerpark zwischen Georg-Gröning-Straße, Lürmanstraße, Wachmannstraße und Carl-Schurz-Straße
   Mitteilung des Senats vom 14. Oktober 2025
   (Drucksache 21/650 S)

   Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

4. Erstes Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Stadtgemeinde Bremen für das Haushaltsjahr 2025
   Mitteilung des Senats vom 28. Oktober 2025
   (Drucksache 21/656 S)

   Die Stadtbürgerschaft überweist das erste Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2025, den Nachtragsproduktgruppenhaushalt und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss, die städtische Deputation für Kinder und Bildung und die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

5. Petitionsbericht Nr. 23
   Bericht und Antrag des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung
   vom 7. November 2025
   (Drucksache 21/667 S)

   Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/281 S

Fragestunde

1. Gesundheitspunkte: Angemessene Nutzung oder Fehlallokation von Kompetenzen?

   Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 1. Oktober 2025

2. C40-Bürgermeisternetzwerk

   Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 1. Oktober 2025

3. Hakenkreuz auf DENKORT-Stele – rechte Angriffe auf die Bremer Erinnerungskultur

   Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 1. Oktober 2025

4. Zukunft der Kaufhof-Immobilie: Nutzungsmix, Gemeinwohl und ökologische Standards

   Anfrage der Abgeordneten Bithja Menzel, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 2. Oktober 2025

5. Warum hat der Senat Bovenschulte keinen Überblick über die Raumnot an den Bremer Schulen?

   Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwerser, Sandra Ahrens, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 8. Oktober 2025

6. Parkraumüberwachung in Bremen – Einsatz von Scan-Cars als digitale Unterstützung?

   Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 9. Oktober 2025

7. La Strada Bremen: Zukunft des Straßenkunstfestivals

   Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 9. Oktober 2025

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Prüft der Senat antisemitische Bezüge bei Kunstausstellungen im öffentlichen Raum?

   Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 14. Oktober 2025

9. Verkehrssituation vor der Schule in der Uphuser Straße

   Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 21. Oktober 2025

10. Tempo 30 am Osterdeich Höhe Einfahrt Deichstraße

    Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 21. Oktober 2025

11. Rettungs- und Feuerwehrzugänge auf dem Rennbahnareal

    Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 3. November 2025

12. Auswahl der Geschäftsführung von Werkstatt Bremen ohne Beteiligung des Betriebsausschusses?

    Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Simon Zeimke, Kerstin Eckardt, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 4. November 2025

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/282 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 21/283 S

Prognosen, Provisorien und Planungsversagen: Die schulische Kapazitätsentwicklung des Senats Bovenschulte

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2025
(Drucksache 21/569 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. September 2025
(Drucksache 21/625 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/284 S

Teilhabe stärken: Sprach- und kultursensible Angebote im Quartier für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte ausbauen

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke
vom 2. September 2025
(Drucksache 21/608 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. aufbauend auf die bisherigen Projekte „Köprü“ und „SILA – Stark im Quartier“ weitere zentrale Anlaufstellen zur Beratung und Begleitung älterer, pflegebedürftiger Menschen mit Einwanderungsgeschichte in migrantisch geprägten Stadtteilen konzeptionell weiterzuentwickeln, und hierbei insbesondere einen Fokus auf die Bedarfe von älteren Frauen mit Migrationsgeschichte zu legen;

2. in Kooperation mit Migrant:innenorganisationen, religiösen Einrichtungen und weiteren relevanten Akteuren offensiv und mehrsprachig über Grundsicherung im Alter und Wohngeldansprüche zu informieren;

3. bei der Weiterentwicklung des Konzepts Pflege im Quartier eine explizit sprach- und kultursensible Perspektive zu ergänzen und dabei insbesondere auch Angebote für pflegende oder begleitende Angehörige unter Berücksichtigung ihrer sprachlichen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse mit einzubeziehen. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsfachkräften im Quartier und den bestehenden Organisationen und Angeboten für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte systematisch zu verzahnen, um einen kontinuierlichen Austausch sowie eine bessere Erreichbarkeit und gezielte gesundheitliche und pflegerische Beratung von Senior:innen mit Migrationsgeschichte sicherzustellen;

4. den Ausbau von Sprachmittlungsdiensten und -angeboten in allen relevanten Bereichen der Altenhilfe sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Hierzu sollten die vorhandenen Informationsangebote, insbesondere über ambulante Pflegemöglichkeiten, haushaltsnahe Dienstleistungen, Pflegeeinrichtungen und Pflegestellen, überprüft und bei Bedarf zusätzliche mehrsprachige Informationsangebote geschaffen werden, um eine breitere Zielgruppe zu erreichen;

5. mehrsprachige Selbsthilfegruppen und niedrigschwellige Deutschangebote für Senior:innen weiterhin zu fördern und gegebenenfalls auszubauen, um die Hürden für gesellschaftliche Teilhabe weiter zu senken;

6. aus den bestehenden Angeboten für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte Best-Practice-Projekte zu identifizieren, und wo möglich, auf weitere Sprachen und Quartiere zu übertragen;

7. im Rahmen der halbjährigen Berichterstattung zur Umsetzung des Konzepts „Pflege im Quartier“ in der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration sowie der städtischen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz, die sprach- und

kultursensible Perspektive wie in Beschlusspunkt 3 beschrieben zu ergänzen;

8. der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration sowie der städtischen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz drei Monate nach Beschlussfassung über den Stand der Umsetzung der Beschlusspunkte 1 und 2 zu berichten, und ein Jahr nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand sämtlicher Beschlusspunkte zu informieren.

Nr. 21/285 S

Mobilitätslösungen und Sicherheit für die Menschen in Bremen – statt Parkraumvernichtung und Gefährdung von Rettungssicherheit

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2025
(Drucksache 21/572 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/286 S

Parkraum bewahren, Parkplätze schaffen, Parkdruck mindern!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. Oktober 2025
(Drucksache 21/653 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/287 S

Gebührenentwicklung und Folgen der Teilrekommunalisierung bei der Müllabfuhr

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. Juli 2025
(Drucksache 21/577 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. September 2025
(Drucksache 21/618 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/288 S

Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. Oktober 2025
(Drucksache 21/657 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 21/289 S

Verborgene Potenziale nutzen: Parkplatzflächen für eine zukunftsfähige Stadt weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und der SPD vom 6. November 2025
(Drucksache 21/666 S)

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. auf Grundlage einer systematischen Erhebung alle im öffentlichen Eigentum sowie der städtischen Gesellschaften befindlichen unbebauten Flächen, die aktuell als ebenerdige Pkw-Stellplätze genutzt werden, hinsichtlich ihres stadtentwicklungspolitischen Potenzials zu überprüfen. Dabei soll vorrangig das Potenzial zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Quartiersgaragen, sozialer Infrastruktur, Hochschuleinrichtungen sowie klimaangepasster Nutzungen betrachtet werden – unter der Prämisse, dass die vorhandenen Stellplatzkapazitäten erhalten bleiben, insbesondere durch bauliche Lösungen wie Überbauungen sowie unter Berücksichtigung der jeweiligen bau- und immissionsschutzrechtlichen Rahmenbedingungen;
2. diese Flächen hinsichtlich ihrer städtebaulichen Eignung (zum Beispiel Lage im Quartier, verkehrliche Erschließung, vorhandene Infrastruktur, klimatische Belastung) zu kategorisieren und in eine priorisierte Entwicklungsliste zu überführen;
3. zwölf Monate nach Beschlussfassung der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung einen ersten Bericht im Rahmen des Baupotenzialkatasters über diese Flächenpotenziale vorzulegen, der insbesondere auch Vorschläge zur Weiterentwicklung ausgewählter Standorte enthält, einschließlich der rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Umnutzung. Der Bericht soll auch bereits identifizierte, in Prüfung befindliche oder von städtischen Wohnungsbaugesellschaften eingebrachte Flächen

enthalten, die für eine Umnutzung vorgesehen sind, einschließlich des jeweiligen Planungsstands;

4. gemeinsam mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, der GEWOBA, der BREBAU sowie gegebenenfalls weiteren Akteuren mindestens ein Pilotprojekt zum Erhalt von Stellplätzen bei gleichzeitiger Nachverdichtung durch Überbauung zu initiieren und kostengünstig umzusetzen;
5. künftig im Rahmen der Flächenstrategie des Landes Bremen versiegelte Stellplatzflächen systematisch als Teil des Flächen- beziehungsweise Entsiegelungskatasters zu erfassen und bei der strategischen Stadtentwicklung mit zu berücksichtigen;
6. Gespräche mit Supermarktbetreiber:innen und Eigentümer:innen großflächiger Einzelhandelsstandorte aufzunehmen, um das Potenzial einer Überbauung vorhandener Stellplatzflächen unter Erhalt der Parkfunktion zu prüfen;
7. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zu den Beschlusspunkten 4, 5 und 6 sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 21/290 S

Soziale Entwicklung im Neuen Hulsberg-Viertel dauerhaft sicherstellen

Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 11. November 2025
(Drucksache 21/669 S)

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. zu prüfen, wie weitere Flächen im Neuen Hulsberg-Viertel in Erbpacht vergeben werden können und dabei die Erfahrungen bei der Vergabe des Baufelds 13 zu nutzen;
2. mit den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften in den Austausch zu gehen mit dem Ziel, im Neuen Hulsberg-Viertel weiteren kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu realisieren;
3. darzustellen, wo die im städtebaulichen Vertrag verankerte Verpflichtung hinsichtlich der Sozialwohnungsquote (§ 7) von 30 Prozent umgesetzt wird;
4. zu prüfen, wie im Neuen Hulsberg-Viertel ein Azubi-Wohnheim realisiert werden kann. Das Raumprogramm sollte Ein-Personen-

Apartments enthalten. Der Senat wird aufgefordert, eine zeitnahe Klärung hinsichtlich der Trägerschaft herbeizuführen und diesbezüglich sowohl mit öffentlichen Baugesellschaften, der Gesundheit Nord und weiteren in Betracht kommenden Bau- und Verwaltungsträgern Gespräche zu führen;

5. genossenschaftliches Bauen weiter zu fördern, zum Beispiel durch Weitergabe der günstigen Zinskonditionen der öffentlichen Hand bei der Bemessung der Erbbauzinsen und Verzicht auf eine Nachbesserungsklausel bei Baugemeinschaften. Außerdem soll bei einer ersten gescheiterten Konzeptvergabe neben dem Rückkaufrecht der Stadt auch die Möglichkeit einer zweiten Konzeptausschreibung beziehungsweise prioritäre Vergabe an Baugemeinschaften eingeräumt werden;

6. binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie der städtischen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz Bericht zu erstatten.

Nr. 21/291 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025

   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 12. Dezember 2023
   (Drucksache 21/93 S)
   Dazu
   Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024
   (Drucksache 21/111 S)

2. Warum unternimmt der Senat Bovenschulte nichts gegen immer mehr marode Straßen, Fuß- und Radwege in Bremen?

   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 9. April 2024
   (Drucksache 21/167 S)
   Dazu
   Mitteilung des Senats vom 21. Mai 2024
   (Drucksache 21/202 S)

3. Forderung nach einer zeitgemäßen Strategie für Werkstatt Bremen, den Martinshof und die Werkstatt Nord gGmbH

   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 7. November 2023
   (Drucksache 21/63 S)

4. Forderung nach einer zeitgemäßen Strategie für Werkstatt Bremen, den Martinshof und die Werkstatt Nord gGmbH

   Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
   vom 29. Oktober 2024
   (Drucksache 21/407 S)

5. Mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum in Bremen schaffen

   Antrag der Fraktion der FDP
   vom 18. Dezember 2024
   (Drucksache 21/448 S)

6. Kosten für das StadtTicket an die Realität anpassen

   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 14. Januar 2025
   (Drucksache 21/451 S)

7. Arbeitszufriedenheit im Klinikverbund Gesundheit Nord: Fundierte Mitarbeiterbefragung durchführen

   Antrag der Fraktion der FDP
   vom 10. Februar 2025
   (Drucksache 21/465 S)

8. Verbesserung der Straßeninfrastruktur in Bremen – nachhaltige Sanierung und effizientere Planung

   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 25. März 2025
   (Drucksache 21/495 S)

9. Seilbahn in Bremen: Mobilitätswende ermöglichen – Machbarkeitsuntersuchung beauftragen

   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 6. Mai 2025
   (Drucksache 21/527 S)

10. Offene Fragen beim Klima-Campus zügig beantworten – notwendige Entscheidungen treffen – laufende Planungen aufeinander abstimmen – Finanzierung klären!

    Antrag der Fraktion der CDU
    vom 17. Juni 2025
    (Drucksache 21/555 S)

11. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung

    Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2025
    (Drucksache 21/568 S)

12. Integriertes Innenstadtverkehrskonzept für Bremen

    Antrag der Fraktion der CDU
    vom 8. Juli 2025
    (Drucksache 21/573 S)

13. Öffentliche Gebäude nutzen: 100 Trinkwasserbrunnen für Bremen!

    Antrag der Fraktion der CDU
    vom 18. Juli 2025
    (Drucksache 21/580 S)

14. Wie konsequent geht der Senat gegen Problemimmobilien vor?

    Große Anfrage der Fraktionen Die Linke, der SPD und
    BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
    vom 10. Juli 2025
    (Drucksache 21/576 S)
    Dazu
    Mitteilung des Senats vom 2. September 2025
    (Drucksache 21/611 S)

15. „Nord.Start“ – Bahn frei für ein Gründerzentrum in Bremen-Nord

    Antrag der Fraktion der CDU
    vom 19. August 2025
    (Drucksache 21/592 S)

16. Planung und Ausbau von oberirdischen Fernwärmeleitungen zur Anbindung von abgelegenen Stadt- und Gewerbegebieten in der kommunalen Wärmeplanung umfassend berücksichtigen!

    Antrag der Fraktion der CDU
    vom 19. August 2025
    (Drucksache 21/593 S)

17. Kleingartenvereine in Bremen beim anstehenden Stromzählertausch nicht im Stich lassen!

    Antrag der Fraktion der CDU
    vom 2. September 2025
    (Drucksache 21/610 S)

18. Antrag der Beirätekonferenz an die Stadtbürgerschaft gemäß § 24 Absatz 2 Satz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter „Einrichtung von Schulstraßen voranbringen“

    vom 23. September 2025
    (Drucksache 21/629 S)